

# Neue Zürcher Zeitung

NZZ – GEGRÜNDET 1780

Montag, 21. Januar 2019 · Nr. 16 · 240. Jg.

AZ 8021 Zürich · Fr. 4.70 · €4.70

## Präsident schliesst Sabotage nicht aus

Ursachenforschung nach Pipeline-Explosion in Mexiko

Nach der Explosion einer Benzinleitung mit mindestens 79 Toten beginnen in Mexiko die Ermittlungen. Präsident López Obrador hält einen Anschlag auf seine Strategie gegen Benzin-Diebe für möglich.

NICOLE ANLIKER, RIO DE JANEIRO

Flammen schlagen meterhoch in den Himmel, schreiende Menschen rennen panisch in alle Richtungen: Die im Internet kursierenden Videoaufnahmen einer Explosion an einer Benzin-Pipeline geben einen Eindruck der Tragödie wieder, die am Freitagabend in der mexikanischen Kleinstadt Tlahuelilpan im Gliedstaat Hidalgo mindestens 79 Tote gefordert hat. Viele Opfer sind nach Angaben der Behörden so stark verbrannt, um sie rasch identifizieren zu können. Mehr als 80 Personen liegen zum Teil schwer verletzt in mehreren Spitälern des Landes. Rund um die Pipeline blieb nur verkohlte Erde, was die Ermittlungen der Behörden erschwert.

### Leitung angebohrt

Laut dem mexikanischen Verteidigungsministerium befanden sich zum Zeitpunkt der Explosion 600 bis 800 Personen in der Nähe der Unglücksstelle. Sie eilten am Freitagnachmittag zur Pipeline, nachdem sich die Nachricht herumgesprochen hatte, dass aus dieser grosse Mengen von Benzin ausliefen. Benzin-diebe hatten die Leitung laut dem staatlichen Erdölkonzern Pemex zuvor angebohrt. Die Menschen rund um Tlahuelilpan, das etwa 100 Kilometer nördlich von Mexiko-Stadt liegt, wollten den Treibstoff in Kanistern und Eimern auffangen.

Weshalb es zur Explosion kam, ist Gegenstand von Ermittlungen. Mexikos Generalstaatsanwalt Alejandro Gertz Manero erklärte am Wochenende, dass die Untersuchungen in alle Richtungen gingen. Geprüft wird demnach unter anderem, ob die Reibung der synthetischen Kleidung der anwesenden Personen zur Detonation geführt haben könnte. Aus der Leitung sei neben Benzin auch Gas ausgetreten, erklärte er. Die statisch aufgeladenen Stoffe könnten dieses entzündet haben.

### Vor den Augen der Soldaten

Mexikos Präsident Andrés Manuel López Obrador räumte auch die Möglichkeit eines Sabotageakts gegen seine Strategie im Kampf gegen den Benzin-Diebstahl ein. An einer Pressekonferenz am Sonntag betonte er, dass er an seinem Vorgehen festhalte und der Korruption in dem Land die Stirn bieten werde. Der 65-Jährige versprach, dass die Hintergründe der Explosion aufgeklärt und die Verantwortlichen bestraft würden. Festnahmen oder Anklagen gab es im Zusammenhang mit dem Vorfall bisher aber offenbar noch nicht.

Seit Jahren zapfen in Mexiko kriminelle Gruppen zusammen mit Drogen-

kartellen im grossen Stil illegal Benzin von Pipelines ab. Laut offiziellen Angaben verlor der Staat 2018 dadurch umgerechnet mehr als drei Milliarden Dollar. Um das Problem in den Griff zu bekommen, lancierte die neue Regierung Ende Dezember eine Offensive gegen die Benzin-Diebe. Nach nur wenigen Tagen stellte sich heraus, dass ein grosses, professionelles Netzwerk mit Ablegern in Wirtschaft und Politik hinter dem Diebstahl und der Verteilung von Treibstoff steckt.

Um die illegalen Entnahmen zu verunmöglichen, schloss die Regierung unter anderem vorübergehend zahlreiche Benzin-Pipelines. Dies führte zu Verzögerungen in der Verteilung des Treibstoffs und zu Engpässen an Tankstellen in vielen Landesteilen. Auch der Gliedstaat Hidalgo, wo sich die Explosion am Freitag ereignete, ist davon betroffen. Dies könnte ein Grund dafür sein, weshalb Hunderte von Anwohnern die vermeintliche Chance nutzen wollten, an Benzin zu gelangen.

Die vagen Erklärungen der Regierung zum Verhalten der Sicherheitskräfte in den Stunden und Minuten vor der Explosion lassen noch immer viele Fragen offen. Videoaufnahmen zeigen, wie die Bevölkerung vor den Augen von Armeeangehörigen in aller Ruhe ihre Benzinkanister und Behälter abfüllte. Die Soldaten hielten es offenbar auch nicht für notwendig, das Gelände um die Pipeline abzusperren. Das wirft die Frage auf, ob die Katastrophe nicht hätte verhindert werden können. Der Präsident will jedoch keine Kritik gelten lassen. Die Soldaten hätten korrekt und zeitgemäss reagiert, sagte er am Samstag und erklärte, dass man eine Auseinandersetzung mit der Bevölkerung bewusst habe verhindern wollen. Ob dies der Grund dafür war, weshalb den nur 25 anwesenden Soldaten keine Verstärkung geschickt wurde, bleibt unklar.

### Zweifel an der Strategie

Die Regierung hat die Überwachung der Pipelines im Rahmen ihrer Strategie gegen den Benzin-Diebstahl an die Armee delegiert. Insgesamt 5000 Militärangehörige überwachen derzeit jene rund 6000 Kilometer Benzinleitungen, angezapft worden die in der Vergangenheit besonders oft waren. Da das Netzwerk von Pipelines laut dem Verteidigungsministerium insgesamt mehr als 50 000 Kilometer lang ist, wurde die Effizienz dieses Vorgehens von Anfang an infrage gestellt. Das Verhalten der Sicherheitskräfte am vergangenen Freitag hat zusätzliche Zweifel an deren Fähigkeiten im Kampf gegen den Benzin-Diebstahl aufkommen lassen.

Präsident López Obrador sieht das offenbar anders. Die Regierung werde an ihrer Politik festhalten, liess er am Wochenende vernehmen. Die illegale Entnahme von Benzin sei ein Risiko, sagte er. Die Regierungen habe die Bevölkerung mehrmals dazu aufgerufen, damit aufzuhören. Der tragische Vorfall ist seiner Meinung nach eine schmerzhaft, aber lehrreiche Lektion.

Der Gründer Klaus Schwab erwartet rund 3000 Teilnehmer am Weltwirtschaftsforum (WEF) in Davos.

DENIS BALIBOUSE / REUTERS

## Junge Unbekannte statt alte Bekannte

Im Vorfeld des diesjährigen WEF sorgen prominente Abwesende für Gesprächsstoff

abl. · Die grossen Abwesenden des Weltwirtschaftsforums (WEF) in Davos sind in diesem Jahr ein vieldiskutiertes Thema. Die Liste der Absagen ist lang. So werden weder US-Präsident Trump noch einer seiner Minister an der offiziell am Dienstag beginnenden Konferenz teilnehmen. Ebenfalls fern bleiben Frankreichs Staatspräsident Emmanuel Macron sowie die britische Premierministerin Theresa May – genau wie Trump haben die beiden derzeit dringendere innenpolitische Probleme.

Dennoch kann sich Klaus Schwab nicht über einen Mangel an Prominenz aus Politik, Wirtschaft, Wissenschaft und Kultur beklagen. Japans Ministerpräsident Shinzo Abe und der chinesische Vizepräsident Wang Qishan werden ebenso anwesend sein wie die deutsche Bundeskanzlerin Angela Merkel, ihr österreichischer Amtskollege Sebastian Kurz und Italiens Ministerpräsident Giuseppe Conte. Die Schweizer Regierung wird mit Bundespräsident Ueli Maurer und drei Bundesräten vertreten sein.

Gross ist auch die Zahl der angemeldeten CEO und Verwaltungsratspräsidenten von internationalen Firmen. Einen Blick über den Tellerrand sollen Uno-Generalsekretär Guterres und WWF-Chef Lambertini gewährleisten. Neu haben die Veranstalter zudem jungen Leuten eine zentrale Rolle beim diesjährigen Forum eingeräumt. Sechs von sieben Co-Chairs werden von Vertretern der jüngeren Generation besetzt, die das Gesicht der Veranstaltung prägen soll.

Wirtschaft, Seite 20, 21

## «Sozialpartnerschaft nicht opfern»

Gewerbedirektor Hans-Ulrich Bigler will, dass EU-Rahmenvertrag nachverhandelt wird

cn. · In der Kernfrage sind sich die Wirtschaftsverbände einig: Die Schweiz braucht ein institutionelles Abkommen mit der EU. Darüber, ob der vorliegende Entwurf akzeptiert werden soll, gehen die Ansichten allerdings auseinander. Für Hans-Ulrich Bigler, den Direktor des Schweizerischen Gewerbeverbandes, weist das Vertragswerk Schwachstellen auf. In einem Gespräch mit der NZZ fordert er deshalb Nachverhandlungen. Bigler sagt: «Der Schweizerische Gewerbeverband hat sich immer zum bilateralen Weg bekannt. Wir haben ein vitales Interesse an einem ungehinderten Zugang zum EU-Markt. Wir haben aber auch ein vitales Interesse an vernünftigen Auflagen. Nun braucht es eine sorgfältige Güterabwägung und weitere Verhandlungen.»

Bigler stellt sich damit gegen die anderen grossen Wirtschaftsverbände. Sowohl der Dachverband der Schweizer Wirtschaft, Economiesuisse, als auch der Arbeitgeberverband und der Verband der Schweizer Maschinen-, Elektro- und

Metallindustrie (Swissmem) haben in den letzten Wochen versucht, das Terrain zu ebnet. Swissmem-Präsident Hans Hess bezeichnete das Abkommen als «massgeschneidert» für die Schweizer Bedürfnisse. Economiesuisse betonte die Vorteile des Abkommens und stellte Befürchtungen als übertrieben dar, und der Präsident des Arbeitgeberverbands, Valentin Vogt, liess sich mit den Worten zitieren: «Ohne wirtschaftliche Prosperität nützt alle Eigenständigkeit nichts.»

Damit zeichnet sich ein Schulterchluss zwischen den Gewerkschaften und dem Gewerbeverband ab. Die flankierenden Massnahmen zum Schutz der Schweizer Löhne seien das Resultat sozialpartnerschaftlicher Verhandlungen, ohne die die bilateralen Verträge nicht mehrheitsfähig geworden wären, mahnt Bigler im NZZ-Interview. Die starke Sozialpartnerschaft garantiere der Schweiz seit fast 100 Jahren Arbeitsfrieden. Es wäre falsch, sie «auf Druck der EU zu opfern». Es gehe wirklich nicht

um die Frage, ob die Anmeldefrist für Firmen von acht auf vier Tage gesenkt werden könne. Es gehe darum, ob die Schweiz die Entsende- und Durchsetzungsrichtlinien der EU künftig dynamisch übernehmen müsse. Das komme weder für die Gewerkschaften noch die Arbeitgeber infrage.

Mit seiner Forderung nach Nachverhandlungen ist Bigler nicht allein. Am Samstag äusserte sich auch die CVP-Bundeshausfraktion entsprechend. Sie lehnt ein Rahmenabkommen mit der EU zwar nicht grundsätzlich ab, stellt aber eine Reihe von Forderungen, die den Rahmen des verhandelten Abkommens deutlich sprengen. Der Vertragsentwurf sei in seiner jetzigen Form «nicht geeignet und nicht mehrheitsfähig». Ähnlich sieht das offenbar auch Bundespräsident Ueli Maurer. In einem Interview mit dem «Sonntags-Blick» sagte er: «Man wird das Gespräch über einzelne Punkte nochmals aufnehmen müssen.»

Schweiz, Seite 11, 12

Im Januar 1962 wird Eishockey-Nationaltrainer Reto Delnon entlassen – weil er Kommunist ist **SEITE 12**

Die CVP steht dem Entwurf zum Rahmenabkommen kritisch gegenüber **SEITE 12**

# «Dieses Resultat muss man weiterverhandeln»

Gewerbebandsdirektor Hans-Ulrich Bigler hält den ausgehandelten Rahmenvertrag mit der EU für ungenügend

Herr Bigler, in einer ersten Reaktion schrieb der Gewerbeverband, der Rahmenvertrag mit der EU gehe in die richtige Richtung. Kurz danach sprach Präsident Jean-François Rime von EU-Diktat. Was gilt nun?

Der Schweizerische Gewerbeverband steht zu den bilateralen Verträgen und ist unter gewissen Bedingungen auch für ein Rahmenabkommen offen. Doch je mehr wir uns mit der Analyse des Entwurfs befassen, desto mehr zeigen sich eben auch dessen Schwachstellen.

Swissmem-Präsident Hans Hess hält den Rahmenvertrag für massgeschneidert. Sie offenbar nicht.

Wer sagt, der Vertrag sei massgeschneidert, hat den Text nicht gelesen oder kann nicht gut genug Französisch. In diesem Vertragswerk gibt es – zumindest meiner Meinung nach – einige kritische Punkte, die nun sorgfältig diskutiert werden müssen. Der Vorstand des Gewerbeverbands wird sich Ende Monat ausführlich mit dem Text befassen und dann im Rahmen des Konsultationsverfahrens eine erste Positionierung vornehmen.

Mit anderen Worten, Gewerbebandsdirektor Hans-Ulrich Bigler lehnt den Rahmenvertrag ab.

Nein. Hans-Ulrich Bigler lehnt den Rahmenvertrag nicht ab. Er sagt: Dieses Resultat muss man weiterverhandeln.

In welchen Punkten?

Zentral ist aus meiner Sicht die Unionsbürgerrichtlinie. Die Nichtverankerung im Rahmenvertrag ist ein Kunstgriff, der es der EU erlaubt, die Richtlinie drei Jahre nach Inkrafttreten eines institutionellen Abkommens wieder auf den Tisch zu bringen. Das Problem ist also nicht gelöst, sondern nur aufgeschoben. Es ist zu befürchten, dass wir eines Tages einen hohen Preis dafür bezahlen müssen.

Welchen?

In der EU ist die Frage, ob EU-Bürger Anspruch auf erleichterten Zugang zu den Sozialversicherungen haben, noch nicht gelöst. Wir wissen nicht, wie sich das entwickelt. Gegen eine revidierte Arbeitslosenregelung für Grenzgänger könnte sich die Schweiz aber wohl nur unter Inkaufnahme von Retorsionsmassnahmen wehren. Bei Uneinigkeit käme das Streitschlichtungsverfahren zum Tragen. Das könnte uns einen hohen dreistelligen Millionenbetrag kosten.

Der Gewerbeverband äusserte sich kürzlich positiv über die Streitschlichtung. Sie persönlich sehen die tragende Rolle, die der Europäische Gerichtshof darin spielt, kritisch. Was ist passiert?

Als uns das Streitschlichtungsschema bei ersten Gesprächen im Sommer vorgestellt wurde, war von der prägenden Rolle des Europäischen Gerichtshofs noch keine Rede. Wir gingen deshalb von einem Schiedsgerichtsverfahren aus, wie es der Wirtschaft aus Freihandelsverträgen bekannt ist. Nun steht jedoch im Vertragstext, dass der Gerichtshof bei der Auslegung europäischen Rechts vom Schiedsgericht angerufen werden muss und dessen Auslegung verbindlich ist.

Dass die EU in eigener Kompetenz über EU-Recht entscheiden will, ist für Sie nicht nachvollziehbar?

Das Streitschlichtungsverfahren mit der EU führt dazu, dass EU-Recht in der Schweiz priorisiert wird. Damit wird die Schweizer Rechtslegung durch den Europäischen Gerichtshof mitgeprägt. Laut Vertragsentwurf ist zudem vorgesehen, dass das Schweizer Bundesgericht den Europäischen Gerichtshof regelmässig über die Rechtswirkung in der EU konsultieren muss. Mich stört zudem noch ein zweiter Punkt.



Hans-Ulrich Bigler sagt: «Das übergeordnete Ziel bleibt die Sicherung des Marktzugangs.»

SIMON TANNER / NZZ

Nämlich?

Die EU hat auf einem Rahmenvertrag mit Kündigungsklausel bestanden. Kommt es innert einer sechsmonatigen Verhandlungsfrist nicht zu einer Einigung, fallen bei einem Vertragsausstieg alle ihm unterstellten Abkommen automatisch weg. Käme es zu einer solchen Situation, wäre die Schweiz in der Position des Schwächeren. Sie kann der EU nicht gut mit der Guillotine drohen, die EU ihr aber schon.

Heute entscheidet der Gemischte Ausschuss, wenn sich die Schweiz und die EU bei der Interpretation eines Abkommens nicht einigen können. Im Prinzip gilt jedoch die automatische Rechtsübernahme. Ist das souverän?

Der Gemischte Ausschuss funktioniert im Prinzip sehr gut. Er hat bis jetzt namentlich dafür gesorgt, dass die roten Linien bei den flankierenden

für ausländische Anbieter. Im Vertrag ist neu nur noch von risikobasierter Pflicht die Rede. De facto bedeutet das, dass nur noch Firmen eine Kautionsleistung leisten müssen, die bereits einmal arbeitsrechtlich bestraft worden sind. Wie will man überprüfen, dass die Gebüssten nicht einfach unter neuem Namen wieder einreisen?

Die Kautionspflicht ist vor allem unseren Nachbarländern ein Dorn im Auge. Sind gleich lange Spiesse für den Zugang zum Binnenmarkt zu viel verlangt?

Die Wirtschaftskraft der Schweiz unterscheidet sich beträchtlich von derjenigen der EU-Länder. Die unterschiedlichen Lebenshaltungskosten und das hohe Preisniveau in der Schweiz wurden deshalb bereits in den bilateralen Verträgen I und im Personenfreizügigkeitsabkommen berücksichtigt. Um die Preisdifferenzen auszugleichen, hat man die flankierenden Massnahmen eingeführt. Ein Abbau ginge zulasten der Schweizer Angestellten und Firmen.

Laut dem Think-Tank Avenir Suisse spielen die Entsandten und sonstigen Kurzaufenthalter aus EU-Ländern im Schweizer Arbeitsmarkt allerdings nur eine sehr geringe Rolle.

Avenir Suisse macht leider einen Denkfehler. Die Kautionspflicht und die flankierenden Massnahmen sind das Resultat sozialpartnerschaftlicher Verhandlungen, ohne die die Bilateralen bei uns nicht mehrheitsfähig geworden wären. Ich will den flankierenden Massnahmen einen gewissen protektionistischen Charakter gar nicht absprechen. Die starke Sozialpartnerschaft, wie sie die Schweiz kennt, garantiert uns allerdings seit fast 100 Jahren Arbeitsfrieden. Beim grossen Druckerstreik vor 25 Jahren habe ich erlebt, was ein gestörtes Vertrauensverhältnis zwischen Arbeitnehmern und Arbeitgebern für das Betriebsklima bedeutet.

Wäre das Rahmenabkommen der Tod der Sozialpartnerschaft in der Schweiz, wie Daniel Lampart, Chefökonom des Gewerkschaftsbundes sagt?

Soweit würde ich nicht gehen. Ich halte es aber für unabdingbar, dass wir sozialpartnerschaftlich im Gespräch bleiben. Die roten Linien wollen weder Arbeitgeber- noch Arbeitnehmerorganisationen überschreiten. Es geht nicht um die

Frage, ob die Anmeldefrist für ausländische Firmen von acht auf vier Tage gesenkt werden kann. Es geht darum, ob die Schweiz die Entsende- und Durchsetzungsrichtlinien der EU künftig dynamisch übernehmen muss. Das kommt weder für die Gewerkschaften noch für die Arbeitgeber in Frage.

Arm in Arm mit dem Gewerkschaftsbund zu spazieren, muss für Sie ungewohnt sein.

Nein, das ist es nicht. Als Direktor des Gewerbeverbandes mache ich Interessenpolitik für die KMU. Koalitionen schmieden zu können, ist dabei systeminhärent. Mit den Gewerkschaften haben wir schon verschiedentlich zusammengearbeitet, zum Beispiel bei der Revision des Unfallversicherungsgesetzes. Die Sozialpartnerschaft ist eine Schweizer Institution, die wir nicht auf Druck der EU preisgeben wollen.

Mit den Gewerkschaften scheinen Sie sich besser zu verstehen als mit den anderen Wirtschaftsverbänden.

Der Bundesrat hat die Konsultation eröffnet, weil er sich Input wünscht. Unsere Botschaft ist: Das Resultat genügt noch nicht. Weil wir einen Rahmenvertrag wollen, müssen wir weiterverhandeln.

Kann die Wirtschaft nicht wenigstens bei den ganz grossen Vorlagen mit einer Stimme sprechen?

Ich halte solche Dissonanzen für unproblematisch. Wettbewerb belebt das Geschäft. Das gilt in der Wirtschaftspolitik ebenso wie in der Parteipolitik. Ich bin überzeugt, dass in einer Wettbewerbssituation bessere Resultate erzielt werden. In 80 Prozent sind wir uns einig. Meistens handelt es sich übrigens gar nicht um inhaltliche Differenzen, sondern um Fragen der Taktik.

Der Gewerbeverband betont bei jeder Gelegenheit, wie wichtig der freie Zugang zum EU-Binnenmarkt ist. Aber ist der Preis eines Rahmenabkommens dafür zu hoch?

Wir haben uns immer zum bilateralen Weg bekannt. Ein Drittel der KMU macht mehr als die Hälfte des Umsatzes im Auslandsgeschäft. Wir haben ein vitales Interesse an einem offenen Zugang zum EU-Markt. Wir haben aber auch ein vita-

les Interesse an vernünftigen Auflagen. Nun braucht es eine sorgfältige Güterabwägung und weitere Verhandlungen.

Die EU will nicht weiterverhandeln. Sind Sie bereit, den Preis für den Stillstand zu bezahlen?

Als die Bevölkerung 1992 den EWR-Beitritt ablehnte, sprach Bundesrat Pascal Delamuraz von der schwärzesten Stunde des Landes und davon, dass die Schweizer Jugend nun keine Zukunft mehr habe. Zehn Jahre später haben wir die bilateralen Verträge abgeschlossen.

In den Jahren dazwischen erlebte auch die Schweiz eine Wirtschaftskrise.

Das bestreite ich gar nicht. Mitverantwortlich dafür war aber auch das Platzen der Immobilienblase. Die Schweiz hat diese Zeit der Stagnation allerdings für eine nachhaltige Revitalisierungskur ge-

«Als Direktor des Gewerbeverbandes mache ich Interessenpolitik für KMU. Mit den Gewerkschaften haben wir schon oft zusammengearbeitet.»

nutzt. Mit der Entwicklung des Binnenmarkt- oder des Kartellgesetzes wurden Grundlagen geschaffen, die uns halfen, die Krise zu überwinden.

Die Ausgangslage ist heute eine ganz andere als in den 1990er Jahren.

Man kann die beiden Situationen nicht eins zu eins vergleichen, da gebe ich Ihnen recht. Aber die EU wird sich ebenfalls weiterentwickeln. Wohin, wissen wir derzeit nicht, das ist ein offenes Spielfeld.

Kann die Schweizer Wirtschaft eine Erosion der bilateralen Verträge verkraften?

Natürlich, aber sie müsste einen hohen Preis dafür bezahlen. Die Schweizer Kostenstruktur ist konkurrenzfähig, weil uns die Bilateralen den vereinfachten Marktzugang ermöglichen. Neue tarifäre Handlungsschranken sind sicher nicht im Sinn der Wirtschaft. Das übergeordnete Ziel bleibt die Sicherung des Marktzugangs.

Trotzdem nehmen Sie einen Stillstand der Verhandlungen in Kauf?

Die Sache ist einfach: Der Bundesrat eröffnet eine Konsultation, weil er Input will. Unser Input ist: Einige Punkte muss man weiterverhandeln. Ich schliesse nicht aus, dass es in gewissen Phasen der Gespräche zu einer Stagnation kommen könnte. Diese Zeit sollten wir nutzen, um unsere Hausaufgaben zu machen.

Krise als Chance?

Wenn Sie so wollen. Man könnte etwa bei der Regulierungsdichte ansetzen, wie wir das seit Jahren annehmen. Eine Verschlankung würde zu Wachstum führen und helfen, Arbeitsplätze zu sichern.

Was erwarten Sie nun vom Bundesrat?

Ich erwarte von ihm, dass er sich überlegt, auf welcher Ebene die Gespräche mit der EU weitergeführt werden können und wie sich die Schweiz auf Retorsionsmassnahmen vorbereiten kann. Das Finanzdepartement ist mit den Gegenmassnahmen zur Aberkennung der Börsenäquivalenz bereits mit gutem Beispiel vorangegangen.

Interview: Christina Neuhaus, Michael Schoenenberger